



„Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“

Der Bericht des ersten G20-Expert:innenkomitees
zu Ungleichheit

von Sarah Ganter

Oberstes Ziel der Nachhaltigen Entwicklungsaagenda ist die Bekämpfung und Überwindung extremer Armut weltweit. Doch auch extremer Reichtum rückt immer stärker in den Fokus. Denn Wirtschaftswachstum als vielbeschworenes Mittel der Armutsbekämpfung greift zu kurz, weil der sogenannte Trickle-Down-Effekt, nach dem der Reichtum von oben nach unten durchsickert, in der Praxis selten eintritt. Das globale Vermögen konzentriert sich immer stärker am oberen Ende der Verteilungsskala.

Im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft hat der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa deshalb ein [internationales Komitee unabhängiger Expert:innen](#) damit beauftragt, eine Analyse der globalen Ungleichheit inklusive Empfehlungen zu ihrer Bekämpfung vorzulegen. Die Ergebnisse des Berichts, der unter der Federführung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz erarbeitet wurde, sind alarmierend. Die Expert:innen sprechen von einem „Ungleichheitsnotstand“, identifizieren zentrale Treiber der Ungleichheit, problematisieren die hohe Konzentration von Marktmacht und empfehlen Gegenmaßnahmen. Angesichts der mangelhaften Datenlage, die die Erforschung von Verteilungsfragen erschwert, schlagen sie die Einrichtung eines internationalen Ungleichheitspanels nach dem Vorbild des Weltklimarats vor.

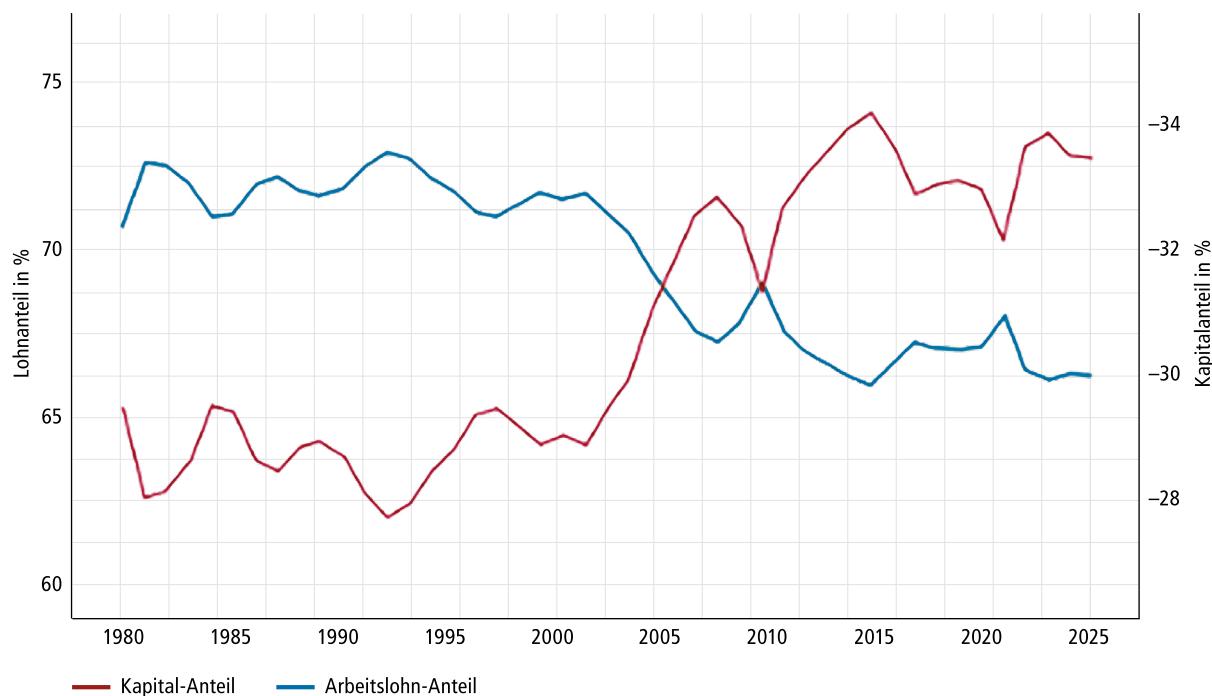
Dieses Briefing Paper beleuchtet die zentralen Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts und stellt sie in den Kontext der wachsenden Relevanz von Ungleichheit im Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung und effektiveren Umsetzungsmechanismen.

Ungleichheit als Problem für nachhaltige Entwicklung

Soziale Ungleichheit rückt zunehmend in den Fokus, weil sie in ihrem gegenwärtigen Ausmaß zu einem zentralen Hindernis nachhaltiger Entwicklung geworden ist. In der Vergangenheit hatten sich die G20 wenig mit dem Thema befasst. Erst die südafrikanische Präsidentschaft setzte die Auswirkungen von Verteilungsfragen auf die Agenda. Das erste G20-Expert:innenkomitee zu Ungleichheit führt aus, wie eine starke Schieflage in der Verteilung des Wohlstands wirtschaftliche Entfaltung,

Armutsbekämpfung und sozialen Fortschritt ausbremsst, die Bekämpfung des Klimawandels torpediert und letztendlich demokratische Politik unterminiert.

Eine geringe Kaufkraft bei der breiten Bevölkerung bremst den Konsum. Mangelnde Bildung, Armut und hohe Verschuldungsraten sorgen für Unsicherheit und eine insgesamt reduzierte Produktivität. Dazu kommt, dass die in den letzten Jahren stark gewachsene Vermögensakkumulation am oberen Ende in der Regel aus Kapitalerträgen, -gewinnen und Erbschaften entsteht und nicht aus produktiver

Abbildung 1: Anteil von Kapital und Arbeitslohn am Nationaleinkommen

Quelle: Aus dem [Bericht des G20 Extraordinary Committee of Independent Experts on Global Inequality \(2025\)](#); basierend auf Forschungsergebnissen aus der World Inequality Database; Arbeitsanteil und Kapitalanteil am gesamten Nationaleinkommen.

wirtschaftlicher Aktivität resultiert (s. Abbildung 1). Vermögensbildung und Arbeit sind immer stärker entkoppelt. Obwohl 85 Prozent der Weltbevölkerung überhaupt keine Kapitaleinkünfte beziehen, hat global der Anteil des Kapitaleinkommens den des aus Arbeit resultierenden Einkommens seit der Jahrtausendwende deutlich überholt.

Soziale Ungleichheit wirkt selbst verstärkend. Nicht nur werden Vermögen einerseits und Bildungs- und Lebenschancen andererseits von einer Generation an die nächste vererbt. In sehr ungleichen Gesellschaften werden dem Expert:innenbericht zufolge auch tendenziell weniger soziale Investitionen getätigt, die Ungleichheit entgegenwirken können. Damit fehlt es in diesen Ländern an starken sozialen Sicherungs- und öffentlichen Bildungssystemen, die Aufstiegschancen und einen Ausweg aus dieser Dynamik bieten können. Diese Systeme machen Gesellschaften insgesamt krisenfester, weil externe Schocks abgedämpft werden und sich die Lasten auf viele Schultern verteilen.

Vermögensungleichheit unter dem Radar

Im Jahr 2024 lebten **839 Millionen Menschen** und damit 10 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut und mussten mit weniger als drei US-Dollar am Tag auskommen. Dabei sind die Zahlen regional sehr unterschiedlich. In Subsahara-Afrika

waren 46,0 Prozent betroffen. Gleichzeitig konzentriert sich das globale Vermögen in den Händen einer kleinen Gruppe von extrem reichen Privatpersonen. Nach [Zahlen, die die Organisation Oxfam](#) im Vorfeld der Vierten internationalen Entwicklungsförderungskonferenz veröffentlichte, wuchs das Vermögen des reichsten Prozent der Weltbevölkerung seit 2015 um mehr als 33,9 Billionen US-Dollar. Allein das Vermögen der kleinen Gruppe von 3000 Milliardär:innen wuchs um 6,5 Billionen US-Dollar. Eine Summe, die mehr als ausreichen würde, um die Finanzierungslücke in der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele zu schließen, die auf mehr als vier Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt wird.

„Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“ schrieb Berthold Brecht schon 1934 und in den letzten Jahren ist immer stärker in den Blick geraten, dass extreme Armut und extreme Vermögen zwei Seiten derselben Medaille sind. Doch Jahrzehntelang wurde Ungleichheit vorrangig in Hinblick auf Einkommen gemessen. Die Themen Vermögensverteilung und Vermögenskonzentration blieben in gängigen Ungleichheitsuntersuchungen wie beispielsweise dem Gini-Koeffizienten außen vor. Weiterhin fehlen auch in Ländern wie Deutschland verlässliche Daten, um privates Vermögen zu erfassen. Erste Forschungsarbeiten zur Vermögensverteilung zeichnen aber ein neues Bild von Ungleichheit (s. Abbildung 2).

Abbildung 2: Gini-Indexe Einkommen und Vermögen

Gini-Index Einkommen		Gini-Index Vermögen	
Südafrika, Brasilien, Mexiko	> 45 %	USA, Russland, Schweden	> 85 %
Iran, Türkei, USA, Teile von Lateinamerika	> 40 %	Deutschland, Brasilien, Indien, Saudi Arabien, Südafrika, Nigeria, Indonesien	> 80 %
China, Indien, Russland, Nigeria, Indonesien	> 35 %	Mexiko	> 75 %
Großbritannien, EU, Kanada, Japan, Australien	> 30 %	China, Kanada, Großbritannien, Iran	> 70 %
Skandinavien	< 30 %	Australien, Rest der EU, Japan	< 70 %

Quelle: Hentschel, Karl-Martin, Eibl, Alfred (2024): Die Steuerrevolution – Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. VSA: Verlag Hamburg

Vermögenskonzentration als Brandbeschleuniger in Krisenzeiten

Das G20-Expert:innenkommittee führt den explosionsartigen Anstieg privaten Vermögens auf makroökonomische und fiskalpolitische Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise von 2008 und der Covid19-Pandemie zurück. Durch Zentralbankinterventionen zur Bankenrettung und staatliche Wirtschaftsförderung in der Pandemie fand eine massive Umverteilung von öffentlichen in private Kassen statt. Gleichzeitig wurden Verluste sozialisiert. In der Folge blieben in vielen Ländern der Welt aufgrund von öffentlichen Sparmaßnahmen dringende Investitionen in Daseinsvorsorge und nachhaltige Entwicklung aus.

Das Rechercheteam der **Bürgerbewegung Finanzwende** zeichnet darüber hinaus nach, wie Vermögenskonzentration nicht nur eine Folge von Finanzkrisen ist, sondern andersrum auch zu Instabilität an den Finanzmärkten beiträgt. Das Finanzsystem wird demnach dann krisenanfälliger, wenn Schulden und Geldvermögen schneller wachsen, als die Realwirtschaft. Dadurch, dass die breite Bevölkerung und öffentliche Kassen in Krisen Schulden machen müssen, um Lebensunterhalt und Gemeinwohl weiter zu finanzieren, nutzen Hochvermögende Schulden als Anlagentmöglichkeit. Eine extreme Vermögenskonzentration wirkt so als Brandbeschleuniger in Krisenzeiten.

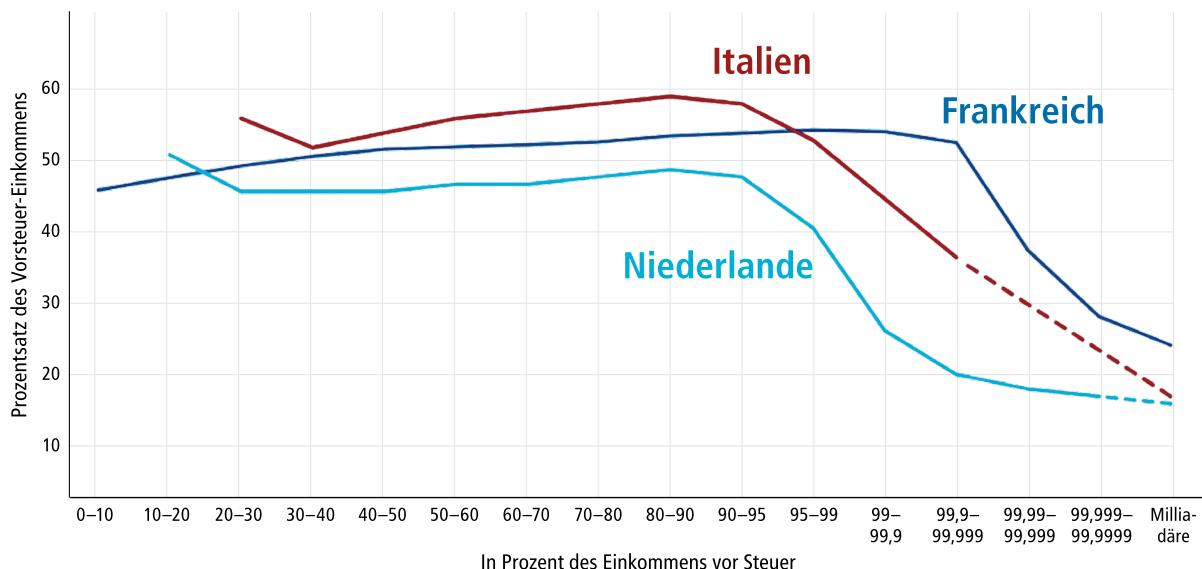
Ungleiche Lastenverteilung in der Finanzierung des Gemeinwohls

Gleichzeitig sind die Lasten in der Finanzierung des Gemeinwohls ungleich verteilt. Während **Militärausgaben steigen** und Regierungen das Geld fehlt, um in Sozialsysteme, Bildung und Infrastruktur zu investieren, zahlen viele Hochvermögende anteilig kaum Steuern, obwohl sie selbst von den öffentlichen Ausgaben profitieren. In den meisten Ländern der Welt speisen sich die Staatshaushalte hauptsächlich aus Einkommens- und Konsumsteuern, die vorrangig von den weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten gezahlt werden. Eine Rückverteilung über Steuern ist mit den gegenwärtigen Spielregeln nicht möglich. **Untersuchungen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** kommen zu dem Schluss, dass in Industrieländern Einkommen aus Arbeit deutlich höher besteuert wird als Einkommen aus Kapitalerträgen. Ein Forscher:innenteam um den französischen Ökonom Gabriel Zucman zeigt, dass **Milliardäre im Vergleich zur breiten Bevölkerung** kaum Steuern zahlen (s. Abbildung 3).

Koloniale Kontinuitäten und Neoliberalismus

Ungleichheit ist nicht nur innerhalb einzelner Länder eine Herausforderung. Auch zwischen Ländern und Regionen steht sie nachhaltiger Entwicklung entgegen, wenn der Wohlstand der einen aus

Abbildung 3: Durchschnittliche Steuerraten nach Einkommensgruppen und für Milliardäre



Quelle: EU Tax Observatory (2005) Resources for a Safe and Resilient Europe: The Case for Minimum Taxation of Ultra-High-Net-Worth Individuals in the EU.

der Abhängigkeit und Ausnutzung anderer resultiert. Der Expert:innenbericht identifiziert zwei zentrale historische Faktoren für Ungleichheit und führt aus, wie das Erbe des Kolonialismus und neoliberalen Politik Verteilung bestimmen. Post-koloniale Machtasymmetrien prägen bis heute die internationalen Beziehungen. In der Kolonialzeit wurden in vielen Ländern des Globalen Südens die Wirtschaftssysteme auf den möglichst kosten-günstigen Export von Rohstoffen in den Globalen Norden ausgerichtet. Auch die Landverteilung war in der Regel sehr ungleich. Die besten landwirtschaftlichen Flächen waren im Besitz einer kleinen Personengruppe. Dazu kamen rassistische Diskriminierung, Sklaverei und Zwangarbeit.

Der Bericht weist auf den engen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Aufstieg Europas mit diesen ausbeuterischen Verhältnissen hin, der erst zur industriellen Revolution geführt hat, im Zuge derer sich die Ungleichheit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden weiter verschärft. Auch wenn insbesondere Länder in Ostasien inzwischen wirtschaftlich aufgeholt haben, bleiben die informellen und formalen Machtressourcen des Globalen Nordens auch im Kontext der internationalen Institutionen deutlich größer. Der Bericht illustriert das an den Stimmrechten in der Weltbank und führt aus, dass eine Person mit belgischer Staatsangehörigkeit im Vergleich zu jemanden aus Äthiopien die 180-fache Entscheidungsmacht besitzt.

Auch neoliberalen Politiken wie die Deregulierung von Arbeitsbeziehungen und die Beschränkung ge-

werkschaftlicher Macht zählt der Bericht zu den zentralen Treibern von Ungleichheit. Die Steuersätze für Konzerne und Hochvermögende sinken, während die breite Bevölkerung über Einkommens- und Konsumsteuern das Gemeinwohl finanziert. Privatisierung unter anderem im Bildungsbereich bei einer gleichzeitig geringen Rückverteilungswirkung von Erbschaftssteuern führt dazu, dass sich Ungleichheit über Generationen verfestigt. Die Finanz- und Kapitalmarktliberalisierung bringt ein größeres Krisenrisiko mit sich. Der Bericht verzeichnet einen Rückgang an antizyklischen Ausgaben aus Angst vor Kapitalflucht, wobei gleichzeitig die Erleichterung grenzüberschreitender Kapitalflüsse Steuervermeidung begünstigt.

Gefährliche Konzentration von Marktmacht

Der Bericht des Expert:innenkomitees problematisiert in diesem Zusammenhang auch die zunehmende Konzentration von Marktmacht als Treiber von Ungleichheit. Denn **Untersuchungsergebnisse** zeigen, dass sehr hohe Vermögen in der Regel in besonders konzentrierten Märkten entstehen. Große Teile privaten Vermögens werden in Unternehmensanteilen an multinationalen Konzernen gehalten. Während Aktienkurse und **Dividenden steigen, sinken die Löhne**. Globale Quasimonopolstrukturen weniger großer Player erlauben es ihnen, Spielregeln und Preise zu bestimmen. Transnationale Produktionsnetzwerke ermöglichen es, Regulierung und Besteuerung durch strategische Standortverlagerung zu umgehen. Virtuelle

Betriebsstätten haben insbesondere die Techbranche unabhängig von den realen Orten der Wertschöpfung gemacht.

Aber auch in der Agrarwirtschaft haben Quasimonopolstrukturen Konzernen Möglichkeiten eröffnet, Preise künstlich hoch zu halten, bzw. von Krisen zu profitieren, indem Kostensteigerungen ohne Gewinneinbußen an die Verbraucher:innen durchgereicht wurden. Die weltweit gestiegenen Lebenshaltungskosten wirken armutsverstärkend. Der Bericht des Expert:innenkomitees stellt heraus, dass weltweit jeder vierte Mensch von Ernährungsunsicherheit betroffen ist.

Der internationale wettbewerbspolitische Instrumentenkasten reicht nicht und bestehende Möglichkeiten werden nicht ausgeschöpft, um der relativen branchenübergreifenden Marktmacht von großen Unternehmen etwas entgegen zu setzen. Während klassische Kontrollmechanismen vor allem den Wettbewerb von Unternehmen auf der gleichen Ebene in den Blick nehmen, bleibt die **vertikale Dimension** von Marktmacht außen vor. Dabei ist es inzwischen gängige Praxis, dass einzelne große Player das ganze unternehmerische Ökosystem dominieren, und die gesamte Lieferkette mit den dafür relevanten Unternehmen aufzukaufen.

Ungleichheit ist das Ergebnis von politischen Entscheidungen

Die Expert:innen des G20-Komitees betonen, dass die wachsende Ungleichheit das Ergebnis politischer Entscheidungen ist und dementsprechend durch politisches Handeln korrigiert werden kann. Sie drängen darauf, konkrete Maßnahmen zur Eindämmung von Marktmacht zu ergreifen. Konkret schlagen sie vor:

1. Unternehmenskonzentrationen einzudämmen, Monopole aufzubrechen und wettbewerbsfeindliche Praktiken einzuschränken;
2. die internationalen Regeln für den Schutz geistigen Eigentums zu reformieren;
3. Maßnahmen zur Verringerung der Preisvolatilität von Lebensmitteln zu ergreifen. Hierzu zählen wettbewerbspolitische Instrumente aber auch die Eindämmung von Spekulation und das Vorhalten von Pufferbeständen;
4. die Stabilisierung der Preise für andere lebenswichtige Güter und Dienstleistungen durch Abfederung externer Schocks zu gewährleisten;

5. gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur als öffentliche Alternative aufzubauen.

Neben Empfehlungen zur Schärfung und Anwendung wettbewerbspolitischer Instrumente, mahnt der Bericht einen an globalen Partnerschaften orientierten Paradigmenwechsel in der internationalen Handels- und Industriepolitik an, der unterlegt sein soll von industriepolitischen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsstrategien im nationalen Kontext. Die Expert:innen fordern darüber hinaus Maßnahmen zur Bekämpfung der Ungleichheit, die die Verbesserung von Arbeitsbedingungen weltweit in den Vordergrund rücken, sowie eine Rückbesinnung auf den Primat des Staates gegenüber dem Privatsektor. Um die leeren öffentlichen Kassen wieder aufzufüllen und der Vermögenskonzentration entgegenzuwirken, formuliert der Bericht Empfehlungen zur internationalen Besteuerung multinationaler Konzerne und sehr reicher Privatpersonen, sowie eine gerechtere Lastenverteilung in nationalen Steuersystemen. Darüber hinaus werden eine ganze Reihe von konkreten Reformbedarf in der internationalen Finanzarchitektur identifiziert.

Vorschlag eines Inequality Panels

Mit Blick auf ihre eigene Arbeit, die den aktuellen Forschungsstand reflektiert hat, bemerken die Expert:innen, dass weiterer und kontinuierlicher Forschungsbedarf besteht. Während Armut vergleichsweise gut erforscht ist, sei es relativ schwierig, forschungsbasierte Aussagen über Vermögen und Vermögenskonzentration zu treffen, weil die Daten dazu entweder gar nicht erhoben werden oder für Wissenschaftler:innen nicht zugänglich sind.

Das G20-Komitee schlägt deshalb die Einrichtung eines internationalen Inequality Panels (IPI) nach dem Vorbild des Weltklimarats (IPCC) vor, im Rahmen dessen Wissenschaftler:innen aus der ganzen Welt an der Erforschung von Ungleichheit zusammenarbeiten. Ähnlich wie der Weltklimarat, soll auch der neue Rat eng an relevante politische Prozesse angedockt sein, und so die Formulierung von evidenzbasierten politischen Entscheidungen zur Reduktion von Ungleichheit ermöglichen. Der Vorstoß wurde durch einen **offenen Brief** von über 500 Ungleichheitsexpert:innen aus mehr als 70 Ländern unterstützt. Ein solches Panel könnte eine nützliche Rolle dabei spielen, effektivere Umsetzungsmechanismen für die globale Entwicklungsagenda Beyond 2030 zu entwerfen.

Impressum

„Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“

Der Bericht des ersten G20-Expert:innenkomitees zu Ungleichheit

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
Königstraße 37a, 53115 Bonn
Tel. 0228 9650510, europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Sarah Ganter

Autorin: Sarah Ganter

Redaktion: Bodo Ellmers

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Dezember 2025

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Die Agenda 2030 in der zweiten Halbzeit“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.